Martin Koschkar
Christian Nestler
Christopher Scheele *Hrsg.*

Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Springer VS

Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Martin Koschkar • Christian Nestler
Christopher Scheele (Hrsg.)

Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Springer VS

Herausgeber
Martin Koschkar
Christian Nestler
Christopher Scheele

Rostock, Deutschland

ISBN 978-3-658-02651-6 ISBN 978-3-658-02652-3 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-02652-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Lektorat: Verena Metzger, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Vorwort

2013 sind 23 Jahre seit der Deutschen Einheit vergangen. Wie hat sich das Land Mecklenburg-Vorpommern seit seiner Gründung entwickelt?

Diese Frage hat das Meinungsforschungsinstitut tns emnid im Herbst 2012 im Auftrag der Landesregierung den Mecklenburgern und Vorpommern gestellt. Mit einem ebenso eindeutigen wie erfreulichen Ergebnis: 86 % der Befragten erklären, dass sich Mecklenburg-Vorpommern seit seiner Gründung „eher gut" oder sogar „sehr gut" entwickelt hat.

Fragt man genauer nach, so ergibt sich ein differenzierteres Meinungsbild. Am besten wird die Entwicklung im Tourismus bewertet. 97 % sehen hier eine positive Entwicklung. Auch beim Erscheinungsbild der Städte und Dörfer (89 %), in der Umwelt (85 %) und bei den Straßen und Verkehrswegen (81 %) werden von einer klaren Mehrheit Verbesserungen attestiert. Das gilt auch beim Ruf des Landes (75 %) und bei der Entwicklung des Gesundheitswesens (67 %).

Defizite sehen die Mecklenburger und Vorpommern vor allem im ökonomischen Bereich. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung (43 %) und der Verringerung der Arbeitslosigkeit (26 %) spricht bislang nur eine Minderheit von einer guten Entwicklung. Auseinander gehen die Meinungen, wenn nach der Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gefragt wird. Hier halten sich positive und negative Urteile die Waage.

Diese Zahlen geben nicht nur Aufschluss darüber, wie die Bürgerinnen und Bürger die Entwicklung ihres Landes sehen. Sie markieren auch viele der Herausforderungen, vor denen die Parteien im Land in den letzten 23 Jahren standen.

Nach der Gründung des Landes im Einheitsjahr 1990 mussten die staatlichen Institutionen, vor allem natürlich Landtag und Landesregierung, komplett neu aufgebaut werden. Dieser Aufbau konnte relativ schnell, mit dem Ende der ersten Wahlperiode des Landtags im Jahr 1994 abgeschlossen werden. Es waren aufregende Jahre des Umbruchs mit Landtagssitzungen, in denen oft bis tief in die Nacht debattiert wurde und

in denen die Landesregierung unter hohem Zeitdruck weitreichende Entscheidungen zu treffen hatte.

Eine weitere wichtige Aufgabe nach 1990 bestand darin, die vielfach marode Infrastruktur im Land umfassend zu erneuern. Mit Hilfe der EU, des Bundes und der westdeutschen Länder sind seitdem Milliardenbeträge in die Infrastruktur investiert worden. Wie die Umfragezahlen zum Erscheinungsbild der Städte und Dörfer, zu den Verkehrswegen und zum Gesundheitswesen zeigen, ist dieser Aufholprozess schon sehr weit fortgeschritten.

Vor allem aber musste nach 1990 ein tiefgreifender wirtschaftlicher Strukturwandel bewältigt werden. Innerhalb kurzer Zeit gingen Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren, vor allem in der Landwirtschaft und auf den Werften. Fast alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mussten sich beruflich umorientierten. Viele haben die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht, oft sogar mehrfach. Damit war der Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen aus DDR-Zeiten weit mehr als eine ökonomische Herausforderung. Er hat den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen ostdeutschen Ländern viel abverlangt. Die meisten haben jedoch die neuen Möglichkeiten, die sich mit der Wende und der Deutschen Einheit ergaben, nutzen können. Beide Erfahrungen prägen das Land bis heute.

Mecklenburg-Vorpommern hat gerade in den letzten Jahren spürbar an Wirtschaftskraft gewonnen und sich neben dem Tourismus weitere Wirtschaftsfelder wie die Gesundheitswirtschaft und die erneuerbaren Energien erschließen können. Die Arbeitslosenzahlen befinden sich im Jahr 2013 auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit. Trotz aller Fortschritte haben Mecklenburg-Vorpommern und die anderen ostdeutschen Länder bei Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit und Einkommen aber immer noch Rückstand gegenüber vergleichbaren westdeutschen Ländern. Den wirtschaftlichen Aufholprozess weiter voranzubringen, bleibt somit eine der wichtigsten Herausforderungen für Regierung, Parlament und Parteien auch in den nächsten Jahren.

Im Laufe der letzten 23 Jahren sind neue Herausforderungen für die Parteien hinzugekommen. Hier ist vor allem der demografische Wandel zu nennen. Er hat sich zunächst in den Schulen des Landes bemerkbar gemacht. Aufgrund des starken Geburtsrückgangs sank die Zahl der neu eingeschulten Schülerinnen und Schüler Ende der neunziger Jahre binnen kürzester Zeit auf ein Drittel – mit kaum lösbaren Problemen bei der Schulnetzplanung. Auch wenn die Geburtenzahlen inzwischen wieder leicht ansteigen und die Bilanz von Abwanderung und Zuwanderung nahezu ausgeglichen ist, wird der demografische Wandel das Land weiter begleiten.

Schließlich muss sich Mecklenburg-Vorpommern auf eine Zukunft aus eigener Kraft vorbereiten. Ende 2019 läuft der Solidarpakt unwiderruflich aus. Damit endet die besondere Förderung für die ostdeutschen Länder. Dann muss das Land auf eigenen Füßen stehen.

Die Parteien in Mecklenburg-Vorpommern haben auf diese Herausforderungen unterschiedliche Antworten gegeben. Sie haben harte Kontroversen über den richtigen

Weg des Landes ausgetragen, in wichtigen Fragen aber auch immer wieder zu Gemeinsamkeit gefunden. Die wichtigste Gemeinsamkeit der demokratischen Parteien im Land bestand in den letzten Jahren sicher darin, gemeinschaftlich gegen den Rechtsextremismus und damit auch gegen die NPD vorzugehen, die seit 2006 leider im Landtag vertreten ist. Wir freuen uns darüber, dass Zehntausende in unserem Land auf diesem Weg mitgehen und sich gegen den Rechtsextremismus engagieren.

Allen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin gemeinsam, dass sie bei Wahlen schon große Erfolge feiern konnten, aber auch schon schwere Niederlagen hinnehmen mussten. Oftmals lagen Sieg und Niederlage zeitlich gar nicht so weit auseinander. Das deutet darauf hin, dass die Parteien hierzulande über nur geringe Stammwählerschaften verfügen. Das macht sie anfällig für Stimmungen, gerade auch auf Bundesebene. Es erleichtert den Parteien aber auch, mit überzeugenden Programmen und Kandidaten eine breite Unterstützung der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Die Arbeit von Regierungen, Parlamenten und Parteien unterliegt täglicher medialer Beobachtung. Es ist wichtig, dass es darüber hinaus auch eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung durch eine Parteien- und Wahlforschung gibt, die Ereignisse einordnet, ihren Ursachen vertieft nachgeht und langfristige Veränderungen im Blick behält.

Eine solche wissenschaftliche Begleitung erfolgt in Mecklenburg-Vorpommern schon seit vielen Jahren durch den Lehrstuhl von Professor Nikolaus Werz am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Die von ihm ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ analysiert regelmäßig und sehr sachkundig die Landtags- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Wahlanalysen haben auch in der Landeshauptstadt eine interessierte Leserschaft.

Die letzte Gesamtschau über die Parteien im Land datiert allerdings bereits aus dem Jahr 2000. Es ist also höchste Zeit für dieses Buch. Unser Dank gilt allen, die daran mitgewirkt haben, insbesondere den Herausgebern Martin Koschkar, Christian Nestler und Christopher Scheele, aber auch allen anderen Autorinnen und Autoren dieses Bandes. Es fällt auf, dass sich viele von ihnen noch im Studium befinden oder dieses gerade abgeschlossen haben. Dieses Buch ist somit auch ein Beleg für hervorragende wissenschaftliche Nachwuchsarbeit.

Wir sind davon überzeugt: Alle demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich unser Land seit seiner Gründung positiv entwickelt hat. Dieses Buch zeichnet den Weg der Parteien in den letzten 23 Jahren nach. Es trägt damit zum Verständnis der Parteiendemokratie in unserem Land insgesamt bei. Wir würden uns freuen, wenn es viele Leserinnen und Leser findet.

Erwin Sellering
Ministerpräsident des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Lorenz Caffier
Minister für Inneres und Sport
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Inhalt

Vorwort 5

Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern –
Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation 11

I. Die politischen Parteien im Porträt

Timm Flügge/Benjamin Hein
Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern 27

Philipp Huchel/Stefan Rausch
Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern 55

Christopher Scheele
Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern 87

Michael Koch/Franziska Struck
Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern 109

Othmara Glas/Anika Hirte
Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern 127

Gudrun Heinrich/Steffen Schoon
Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern 145

Christian Nestler
Die Kleinstparteien in Mecklenburg-Vorpommern 169

II. Aspekte von Politik, Gesellschaft und Verwaltung

Yves Bizeul/Nikolaus Werz
Kirchen und Religiosität in Mecklenburg-Vorpommern im Wandel 189

Philipp Huchel
Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern 203

Stefanie Kracht
Kultur und Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern 229

Kathrin Johansen
Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Wandel 251

Christopher Scheele
Die kommunale Ebene in Mecklenburg-Vorpommern 269

Martin Koschkar
Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum 301

Anhang 327
Autorenverzeichnis 329

Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation

„Wir sind Deutschland", „Wir sind Papst" oder die „Wir"-Kampagne der CDU; was auch immer „Wir sind", Identifikation „mit" ist in einer zunehmend komplexer werdenden Welt von größter Bedeutung. Im „Post-Zeitalter"[1] fehlt das eindeutige Lot, das in der Zeit der Blockkonfrontation das Leben ausgerichtet hatte. Die Reaktion ist wie in den Eingangszitaten abgebildet, eine künstliche Schaffung von Bezugspunkten. Auf diese Weise versuchen auch die deutschen Länder, im Werben um Touristen, Studenten oder Arbeitnehmer, Identifikation zu schaffen. Seit 2004 wirbt Mecklenburg-Vorpommern als Marketingstrategie mit einem Strandkorb und dem Schriftzug „MV tut gut". Dieser wurde jüngst um die Kernbotschaften „Kinderland M-V" und „Land zum Leben"[2] erweitert. Der Blick hinter diese Slogans verweist zunächst auf positive Aspekte der Landesentwicklung, die sich unbestritten in den zwei Jahrzehnten nach Überwindung der deutschen Teilung eingestellt haben.[3]

Im Jahr 2013 wird die deutsche Wiedervereinigung zum 23. Mal gefeiert. Kein Jubiläum kann hier vom kritischen Leser eingewendet werden. Doch es gibt eine Koinzidenz, die den Landesgeburtstag am 22. Juli und den Nationalfeiertag am 3. Oktober bereichert. Der Artikel 23 des Grundgesetzes bildete, nach Beschluss der Volkskammer vom 23. August 1990, die Grundlage für den Beitritt der ehemaligen DDR zum Staatsge-

1 Die Zahl der Post-Begriffe nimmt praktisch täglich zu einige bedeutsame sind: Postmoderne, Postmaterialismus, Postnational, Postdemokratie etc.

2 Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Markenstrategie justiert: Mecklenburg Vorpommern ist „Land zum Leben", abrufbar unter: http://www.mv-tut-gut.de/ueber-uns.html (Stand: 02. 05. 13).

3 Die Herausgeber, die zu Zweidritteln aus dem Land und zu 100 Prozent aus dem Norden stammen, können bei dieser Aussage keine sonderlich große Objektivität einbringen, aber eine große Zahl an empirischen Beweisen liefern.

M. Koschkar et al. (Hrsg.), *Politik in Mecklenburg-Vorpommern,*
DOI 10.1007/978-3-658-02652-3_1, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

biet der Bundesrepublik und beendete die Zeit der deutschen Teilung.[4] Genau genommen war Mecklenburg-Vorpommern sogar eine treibende Kraft bei dieser Entwicklung. Hatte es doch auf die Regierung Ost-Berlins Druck ausgeübt um den Beitritt zu vollziehen, andernfalls wollten sich die drei Nordbezirke selbständig nach Art. 23 der Bundesrepublik anschließen.[5]

Doch wer sind „Wir" in Mecklenburg-Vorpommern? Exemplarisch ist „Wir. Erfolg braucht Vielfalt" eine Kampagne, die als Initiative das gesellschaftliche und politische Engagement im Land gegen rechtsextremes Gedankengut zusammenführt.[6] Darüber hinaus gibt es Anknüpfungspunkte in der Landesidentität. Die Menschen selbst sehen sich primär als „Mecklenburger" und „Norddeutsche".[7] Letzteres eine Eigenschaft, die die Landesteile Mecklenburg und Vorpommern mit Ostseeküste und maritimen Erbe verbindet. Zugleich grenzen Aussagen wie das nie belegte Bismarck-Zitat ein gemeinsames „Land am Rand" von der Bundesrepublik ab: Wenn die Welt unterginge, dann ginge der Reichskanzler nach Mecklenburg, denn dort geschehe alles 50 Jahre später. Diese Aussage bietet noch im 21. Jahrhundert Ansatzpunkte für Klischees, Stereotype und manche Wahrheiten.

Seit 1989/90 hat sich in Mecklenburg-Vorpommern viel verändert. Im Spiegel der Transformation zeigt sich eine Entwicklung mit Licht und Schatten. In spezifischen ostdeutschen Rahmenbedingungen haben Politik und Parteienwettbewerb diesen Prozess mitgestaltet. Das Bindestrichland steht aber auch zukünftig vor besonderen Herausforderungen: Der Demographische Wandel, der auslaufende Solidarpakt 2019, sinkende Mittel aus den europäischen Strukturfonds sowie die inzwischen in der Landesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse, die geringe gesellschaftliche Verankerung der Parteien, verfestigter Rechtsextremismus im östlichen Landesteil und eine im Bundesschnitt immer noch hohe Arbeitslosigkeit sind in dieser Hinsicht nur einige Stichworte.

Im Fokus der Politikwissenschaft präsentiert sich das Land als eine interessante Fallstudie. Die Spezifika der Entwicklung bieten einen Einblick in regionale Lösungsansätze im Umgang mit Herausforderungen der Politik und des ostdeutschen Parteienwettbewerbs: Das Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern.

Dieses Buch setzt sich als zentrales Ziel den Ist-Stand der Entwicklung des Bundeslandes, besonders im Bereich der Parteien und ausgewählter Bereiche der Politik und Gesellschaft abzubilden. Diese Eingrenzung fußt auf der maximalen Nutzung, aber

---

4 Hier ist der Art. 23 in seiner a. F. gemeint: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Der Artikel ist heute der sogenannte Europa-Artikel.

5 Vgl. Werner Müller, Der Neubeginn 1989/90 in: Ders./Fred Mrotzek/Johannes Köllner, Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Berlin 2002, S. 223–252, hier: S. 223–238.

6 Vgl. Die Internetpräsenz der Vereinigung unter http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de/ (Stand: 01. 05. 2013).

7 Vgl. tns.emnid (Hrsg.), Mecklenburg-Vorpommern Monitor 2010, Schwerin 2010, S. 18–27.

eben nicht der Überdehnung, der vorhanden Ressourcen und der implizierten Bedeutung von Parteien für die Demokratie: „Es gibt keine ernsthafte Alternative zum Parteienwettbewerb als wichtigstem Steuerungsmechanismus demokratischer Politik."[8]

Mit diesem Anliegen steht die Publikation in der Traditionslinie des von Nikolaus Werz und Hans Jörg Hennecke im Jahr 2000 herausgegebenen Bandes zu *Parteien und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern.* Durch die oben erläuterte Abgrenzung versteht sich die Veröffentlichung nicht als Landeskunde, vielmehr handelt es sich um eine vornehmlich politikwissenschaftliche Vermessung des Bundeslandes. Gleichwohl wird im folgenden ein knapper Überblick über wichtige Ereignisse im Land seit 1989 gegeben.

Mecklenburg-Vorpommern nach der Friedlichen Revolution von 1989

In den letzten 23 Jahren hat Mecklenburg-Vorpommern wie kaum ein anderes Bundesland eine bemerkenswerte Metamorphose durchlaufen. Die drei Nordbezirke mit dem einstigen „Tor zur Welt" der DDR wurden mit dem Zusammenbruch zum Armenhaus der Republik. Bis zu einem Viertel der Bevölkerung war arbeitslos, Kaufkraft und Einkommen waren niedrig und nicht zuletzt trübten rechtsextreme Ausschreitungen die Selbst- und Fremdwahrnehmung des neuen Bundeslandes. In den vergangenen zehn Jahren wird die erfolgreiche Trendwende, die nicht zuletzt aus dem Regierungshandeln seit 1990 resultiert, in den sozioökonomischen Statistiken deutlich. Die Arbeitslosigkeit wurde um über 12 Prozentpunkte gesenkt,[9] das Wirtschaftswachstum lag mit bis zu 4,0 Prozent deutlich über dem Bundesschnitt und übertraf sogar die prosperierenden südlichen Bundesländer.[10] Seit mehreren Jahren erwirtschaftet das Land sogar einen Haushaltsüberschuss und baut seine Staatsverschuldung als eines der wenigen Bundesländer sukzessive ab. Mecklenburg-Vorpommern macht heute als Standort für Erneuerbare Energien und Tourismushochburg positive Schlagzeilen. Auch wenn der Strukturwandel noch anhalten wird: Es scheint, dass das Land erfolgreich in der Berliner Republik angekommen ist.

In den ersten Jahren nach seiner Wiedergründung beschäftigte das junge Bundesland vor allem die Vergangenheit. Das gesellschaftliche Erbe der DDR versuchte die Landespolitik mit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Versöhnung" in den Jahren 1995 bis 1997 facettenreich zu erfassen. Es gelang mit diesem Vorgehen, die schier end-

8 Arthur Benz/Georg Simonis, Vorwort, in: Ulrich von Alemann, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 7.

9 Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Arbeitsmarkt in Zahlen, Zeitreihen für Arbeitslose, Nürnberg 2008, S. 7; Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord (Hrsg.), Der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern, Januar 2012, Presseinformation Nr. 011 (2012), Kiel 2012, S. 4.

10 Reuters/lw, Mecklenburg-Vorpommern wächst am stärksten, abrufbar unter: http://www.welt.de/wirtschaft/article114813197/Mecklenburg-Vorpommern-waechst-am-staerksten.html (Stand: 12. 05. 2013).

losen Stasi-Debatten anderer Bundesländern zu umschiffen und den häufig vorgebrachten Vorwurf der Siegerjustiz zu vermeiden.[11] Die Einbindung der Bevölkerung in diesen Prozess, aber auch die Integration eines Großteils der alten Eliten war in dieser Hinsicht erfolgreich.

Ein Vorgang des Jahres 1992 brannte sich in das kollektive Gedächtnis der Republik ein und prägt das Image Mecklenburg-Vorpommerns in der Bundesrepublik noch heute. Die rechtsextremen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 offenbarten nicht nur ein politisches, sondern auch ein massives gesellschaftliches Versagen. Lichtenhagen steht dabei nicht nur für die transformationsinduzierten Organisationsdefizite der Sicherheitsorgane, sondern auch für die Mauer in den Köpfen und eine Vielzahl politischer Fehlentscheidungen.[12] Während die politische Aufarbeitung mit Rücktritten von u. a. CDU-Innenminister Lothar Kupfer endete, dauerte die strafrechtliche Bewertung rund zehn Jahre an und verlief sehr schleppend. Das Bild von Glatze und Springerstiefel wurde lange Zeit zum Synonym für Mecklenburg-Vorpommern.[13]

Dieses Bild wird durch Aktivitäten der Kameradschaften im östlichen Landesteil sowie die Wahlerfolge der NPD in den bundesdeutschen Medien wieder verstärkt befördert.[14] Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist im Vergleich zu den anderen Landesverbänden der Rechtsextremisten relativ erfolgreich, ist ihr doch sowohl 2006 als auch 2011 der Einzug in den Landtag gelungen.

Wirtschaftlich galt es mit der Umstellung von einer Planwirtschaft – mit gezielten Ansiedlungsprogrammen – zu einer Marktwirtschaft fertig zu werden. Die Überführung der volkseigenen Betriebe (VEB) und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) waren für das Land eine Herkulesaufgabe. Der Zusammenbruch der sozialistischen Handelsbeziehungen nach 1990 hatte in Konsequenz auch die maroden DDR-Betriebe in existenzbedrohende Schwierigkeiten gebracht. Das agrarisch und maritim geprägte Mecklenburg-Vorpommern wurde dadurch wirtschaftlich besonders hart getroffen und die Arbeitslosenquote schnellte in die Höhe; zwischenzeitlich (2004) auf den höchsten Wert der gesamten Republik. Im Rahmen der Abwicklung der vorhandenen Überkapazitäten und der Restrukturierung der Wirtschaft standen die Werften und die LPGs im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Dies rührte auch aus der Selbstwahrnehmung der ansässigen Bevölkerung als wichtiger landwirtschaftlicher und maritimer

11 Eberhard Vogt, Die Mär von der „Siegerjustiz", abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-die-maer-von-der-siegerjustiz_aid_160082.html (Stand: 12. 05. 2013).

12 Olaf Reis, Rostock als geistige Lebensform, in: Stadtgespräche: Aus der Region Rostock, Nr. 1 (1995), S. 9–15.

13 Daniél Kretschmar, Raub, Mord und Springerstiefel, abrufbar unter: http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/raub-mord-und-springerstiefel (Stand: 12. 05. 2013); Thomas Prenzel (Hrsg.), 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen: Kontext, Dimension und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012.

14 Spiegel Online (Hrsg.), Atlas des Rechtsextremismus, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/flash/0,5532,27451,00.html (Stand: 14. 05. 2013).

Standort. Doch während sich die LPG-Frage auf vielfältige Art recht bald löste, beschäftigt die Werften-Frage das Land noch heute.

Erstmals im „annus horibilis" 1992: Sollten die zahlreichen Werftstandorte als Paket an einen Investor verkauft werden oder doch einzeln? Sollten es Staatsbetriebe bleiben? Der erste Ministerpräsident des Landes, Alfred Gomolka (CDU), trat gegen eine Paketlösung ein. Jedoch konnte er sich nicht gegen die eigene Partei und Koalition durchsetzen und musste letztlich sein Amt im Jahr 1992 räumen; die Werften wurden in der Folge allesamt vom Werftenkonsortium „Bremer Vulkan" übernommen.[15]

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie des Schicksals, dass Gomolka letztlich mit seiner Ablehnung der Werften-Paketlösung Recht behalten sollte, denn 1996 ging der Bremer Vulkan insolvent. Im Zuge der Aufklärung der wirtschaftlichen Umstände wurde zudem sichtbar, dass rund 850 Millionen DM an Fördergeldern, bestimmt für die Werften im Nordosten, dort niemals ankamen sondern in der Bremer Zentrale des Werftenkonzerns verloren gegangen waren.[16]

Die Werften wurden im Nachgang der Insolvenz von verschiedenen Investoren übernommen, jedoch führten billigere Konkurrenzunternehmen aus Übersee, die schlechte Zahlungsmoral mancher Werftkunden und nicht zuletzt die Euro-Krise dazu, dass die mecklenburg-vorpommerschen Werften tiefer in wirtschaftlich schwieriges Fahrwasser gerieten und derzeit sogar Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind. Damit einher ging ein steter Verlust an Arbeitsplätzen in diesem Industriezweig.

Die Werftenkrise von 1996 führte zusätzlich zu einer Regierungskrise, die die Große Koalition unter Berndt Seite (CDU) in Schwerin an den Rand des Zerbrechens führte. Rein rechnerisch war in der Wahlperiode 1994 bis 1998 neben einer CDU-SPD-Koalition auch eine SPD-PDS-Koalition möglich gewesen. In den Krisen-Tagen von 1996 wurde die PDS nicht müde, darauf hinzuweisen. Beide Parteien waren 1996 intern jedoch noch nicht bereit zu diesem Schritt. So war die PDS-tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung 1994 in Sachsen-Anhalt in den Augen vieler schon eine anachronistische Ungeheuerlichkeit gewesen.

Die politische Krise von 1996 war somit auch der Vorbote eines Tabu-Bruchs. Im Jahr 1998 bildeten SPD und PDS die erste rot-rote Koalition unter der Führung von Harald Ringstorff (SPD). Dieser Vorgang wurde nicht zuletzt bei den eigenen Parteimitgliedern mit Argwohn betrachtet, das bürgerliche Lager lief u. a. mit der „Rote-Socken-Kampagne" Sturm gegen die vermeintliche Hoffähigkeit von „SED-Erben".[17] Nicht

15 O. A., Bremer Vulkan: Riege der Traumtänzer, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9123137.html (Stand: 12. 05. 2013).

16 O. A., Bremer Vulkan, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9123137.html (Stand: 12. 05. 2013).

17 O. A., Rote-Socken-Kampagne: Pastor Hinze, übernehmen Sie!, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rote-socken-kampagne-pastor-hintze-uebernehmen-sie-a-138434.html (Stand: 12. 05. 2013).

zuletzt stellte sich die Frage, inwieweit die PDS, die zu dieser Zeit in einigen Bundesländern noch auf Klassenkampf, Kommunismus und Fundamentalopposition setzte, regierungsfähig sein würde; die realpolitischen Zwänge konterkarierten das PDS-Bundesprogramm von 1993 zu deutlich. Die SPD setzte daher auf „Entzauberung" und wollte den Koalitionspartner in die Pflicht nehmen. Kritiker gaben dem jungen Bündnis nur wenige Monate Lebenszeit. Letztlich hielt das einstige Experiment acht Jahre. Zu den realpolitischen Fakten zählte u. a. der Bau der umstrittenen Ostseeautobahn A20 und der beginnende Umbau der A241 zur A14 von Wismar nach Magdeburg. Gegen beide Projekte hatte sich die PDS in der Opposition entschieden gestellt und trug sie letztlich doch mit. Ein weiteres Infrastrukturmammutprojekt stellt die B96 dar, mit dem die prekäre Verkehrssituation auf Rügen gelöst werden soll. Während die Einheimischen und Touristen der Fertigstellung entgegenfiebern, laufen Umweltverbände Sturm gegen das Projekt. Aufgrund der Tatsache, dass der Fährhafen Neu Mukran auf der Insel liegt, der einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt in die baltischen Länder darstellt, ist die Kapazitätserhöhung der Straßeninfrastruktur auf Rügen vor allem wirtschaftspolitisch ein wichtiger Schritt.

In der Vergangenheit gelang es jedoch nicht immer, Infrastrukturprojekte erfolgreich abzuschließen. So scheiterte Mecklenburg-Vorpommern sowohl mit dem Versuch ein BMW-Werk in Schwerin anzusiedeln,[18] als auch AIRBUS nach Rostock-Laage zu holen.[19] Beide Projekte hätten das Profil des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig aufgewertet.

Ein weiteres wichtiges Politikfeld im Land ist die Energiepolitik. 1990 wurde das sich im Ausbau befindliche Atomkraftwerk Lubmin wegen Sicherheitsbedenken stillgelegt und rückgebaut. Es gab jedoch neue Pläne für den Energiestandort in der Nähe von Greifswald. Diese Pläne wurden nach langen Debatten um den alten AKW-Standort Lubmin ad acta gelegt. Lubmin dient heute als atomares Zwischenlanger sowie Umschlagpunkt für die durch Gazprom und Gerhard Schröder bundesweit bekannt gewordene Ostsee-Gaspipeline. Als direkte Alternative wurde noch in den 1990ern ein hochmodernes Steinkohlekraftwerk in Rostock errichtet. Bedingt durch die Energiewende setzt das Land nun verstärkt auf Erneuerbare Energie und es hat eine Initiative für kommunale Energieautarkie aufgelegt. Mit Solar- und Biogasanlagen könnten Kommunen sich komplett eigenständig mit Strom und Wärme versorgen.[20]

Die Situation der Kommunen verbesserte sich nicht zuletzt durch den Ausbau des Fremdenverkehrswesen, das neben Arbeitsplätzen auch Steuer- und Abgabeneinnah-

18 O. A., Neues Werk: BMW goes Leipzig, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/wirtschaft/neues-werk-bmw-goes-leipzig-a-145660.html (Stand: 12. 05. 2013).

19 Jutta Stittmatter, Durchgestartet wird woanders, abrufbar unter: http://www.berliner-zeitung.de/archiv/-dreck-und-laerm-stoeren-uns-nicht----rostock-haette-so-gern-ein-airbus-werk--doch-airbus-will-nicht-nach-rostock-durchgestartet-wird-woanders,10810590,9743996.html (Stand: 12. 05. 2013).

20 Regionale Energie MV e. V. (Hrsg.), Koordinierungsstelle „Regionale Energie" Güstrow, abrufbar unter: http://www.regionale-energie-mv.de (Stand: 12. 05. 2013).

men generiert. Die insgesamt 1 712 Kilometer lange Ostseeküste haben zusammen mit Deutschlands größter Insel Rügen, Mecklenburg-Vorpommern über die Jahre hinweg zu einem der beliebtesten Urlaubsziele der Bundesrepublik gemacht.[21] Eine besondere Form des Tourismus rückte Mecklenburg-Vorpommern auch international in den Fokus. Der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm sowie der Besuch des US-Präsidenten George W. Bush zum Grillen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Trinwillershagen unterstrichen das Bild des Landes als guter Gastgeber. Vom Tourismus können hauptsächlich die Küstenregion und die Mecklenburgische Seenplatte profitieren, während der ländliche Raum trotz seines Potentials deutlich weniger Beachtung findet und nur langsam an die Erfolge der übrigen Tourismusregionen anschließen kann.

Die schlechte Situation auf dem Arbeitsmarkt, vor dem Hintergrund der allgemein veränderten Rahmenbedingungen, zog letztlich zwei weitere, miteinander verknüpfte Probleme nach sich: Einen deutlichen Geburtenrückgang und die Abwanderung junger Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies führte zu einem massiven Bevölkerungsverlust. Beides versuchte das Land mit Strukturanpassungsmaßnahmen zu kompensieren. 1993 wurde die erste Kreisgebietsreform durchgeführt, nach dem Landkreise zwischenzeitlich auf eine Bevölkerungszahl von 19 000 abzusinken drohten. 2007 scheiterte ein weiteres Vorhaben einer Reform (geplant von Rot-Rot) noch am Votum des Landesverfassungsgerichts. Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) übernahm damit von seinem aus Altersgründen zurückgetretenen Vorgänger Ringstroff bei seinem Amtsantritt gleich ein Großprojekt. 2011 gelang dann der Großen Koalition eine neue Reform. Die neuen Landkreise des Jahres 2011 sind flächenmäßig die größten der Republik und partiell größer als die Gesamtfläche des Saarlandes. Der Bevölkerungsrückgang allein stellt dabei jedoch nicht das Kernproblem dar, sondern in erster Linie seine finanziellen Konsequenzen. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Empfängerland des Länderfinanzausgleiches, dessen Höhe sich u. a. nach der Bevölkerungsanzahl berechnet. Im Jahr 2019 laufen zudem die Fördergelder des Solidarpakts II aus und im Jahr 2013 endete die aktuelle EU-Förderperiode, in der das Land noch in den Genuss der höchsten Förderpriorität gekommen war. Selbst bei erfolgreicher Neubewerbung um EU-Mittel besteht jedoch keine Chance, eine vergleichbar hohe Fördersumme zu erhalten, da durch die EU-Osterweiterung die Situation Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich deutlich besser gestellt ist. Es besteht dennoch durch die wirtschaftliche Erholung Grund zur Hoffnung. Trotz aller Widrigkeiten gelang es u. a. seit 2006 jeweils einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften und die Arbeitslosenquote um über 12 Prozentpunkte zu senken. Zudem besitzt Mecklenburg-Vorpommern bereits jetzt den zweitniedrigsten Schuldenstand aller Bundesländer und konnte die Gesamtverschuldung um über 3 Pro-

21 Baltic Sea Tourism Forum (Hrsg.), Network for tourism in the Baltic Sea region, abrufbar unter: http://www.balticseatourism.net/ (Stand: 21. 05. 2013).

zent seit 2006 senken.[22] Das einstige Sorgenkind im Nordosten wurde somit zum Vorbild für nachhaltige Haushaltssanierung.

Relevanz und Forschungsstand

Die Motivation für den vorliegenden Band erschließt sich einerseits aus der Tradition politikwissenschaftlicher Publikationen der Universität Rostock. Am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre – dem die Herausgeber angehören – wird seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich zu Themen des Landes veröffentlicht. Hierfür stehen exemplarisch die Sammelbände herausgegeben von Nikolaus Werz und Jochen Schmidt *Mecklenburg-Vorpommern im Wandel* (München 1998) und mit einer ähnlichen Grundstruktur wie der vorliegende Band von Nikolaus Werz und Hans Jörg Hennecke *Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern* (München 2000). Sie bieten für die sozialwissenschaftliche Vermessung des Bundeslandes eine solide Grundlage. Die „Landesforschung" des Lehrstuhles wird seit 2001 in der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern" organisiert. Aus dieser sind seither zahlreiche Werke zu Einzelthemen aber auch Dokumentationen zu den Wahlen im Land erschienen. Tradierte Aspekte analysiert Steffen Schoon in dem Standardwerk zum regionalen Wahlverhalten *Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871–2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee* (Düsseldorf 2007). Fragen der Migration wurden von Katharina Hess *Migration und Integration in Mecklenburg-Vorpommern* (Hamburg 2008) und Arne Lehmann *Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland* (Rostock 2008) aufgegriffen. Verschiedene Werke sind in der Schriftenreihe des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock erschienen, den *Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung.* Die Dokumentation der Wahlen im Land erlaubt einen tiefgehenden Einblick in das regionale Wahlverhalten und Aspekte des Parteienwettbewerbs. Hierfür stehen exemplarisch auf Landesebene herausgegeben von Steffen Schoon und Nikolaus Werz *Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler* (Rostock 2007) sowie der gleichnamige Band zur *Landtagswahl 2011* herausgegeben von Martin Koschkar und Christopher Scheele (Rostock 2011). Den Beitrag für die lokale Ebene leistete zuletzt der Sammelband *Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern* (Rostock 2009) herausgegeben von Steffen Schoon und Arne Lehmann. Landespolitische Beiträge in bundesweiten Sammelbänden und Periodika wurden ebenfalls vermehrt von Mitgliedern der Forschungsgruppe vorgelegt. Es schrieb Nikolaus Werz über *Mecklenburg-Vorpommern* im *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* herausgegeben von Uwe Andersen und

22 Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Stand 12/2012.

Wichard Woyke (Wiesbaden 2009). Steffen Schoon stellt das regionale Parteiensystem im Sammelband von Andreas Kost, Werner Rellecke und Reinhold Weber *Parteien in den deutschen Ländern* (München 2010) dar. Mit Blick auf die Ergebnisse der „Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern" ist der vorliegende Band als eine Fortführung der langjährigen Arbeit zu verstehen, welche den Kern des aktuellen Forschungsstandes zur Landespolitik darstellt. Darüber hinaus müssen die Beiträge von Karsten Grabow im von Uwe Jun und Oskar Niedermayer herausgegebenen Band *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern* (Wiesbaden 2008) sowie Heinrich-Christian Kuhns Landesporträt in Hans-Georg Wehlings Sammelband *Die deutschen Länder* (Wiesbaden 2004) Erwähnung finden. Beide Aufsätze – in Ergänzung durch die Mitte der 2000er von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegebenen *Politischen Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern* (Schwerin o. J.) – eigenen sich als Einführung für ein Grundverständnis der politischen Struktur und des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern. Einen Beitrag zur Arbeit des Landtages leisten zusätzlich die Universität Greifswald mit Hubertus Buchstein, Stefan Ewert und Detlef Jahn im von Siegfried Mielke und Werner Reutter herausgegebenen Sammelband *Landesparlamentarismus* (Wiesbaden 2012).

Die angesprochenen Artikel bieten prinzipiell einen landesspezifischen Überblick und ermöglichen durch die Struktur der Sammelbände zahlreiche Ansatzpunkte für Ländervergleiche. In diesem Forschungsfeld sollten zusätzlich die Werke von Achim Hildebrandt und Frieder Wolf (Hrsg.), *Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich* (Wiesbaden 2008), Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder* (Wiesbaden 2006) sowie Sven Leunig, *Die Regierungssysteme der deutschen Länder* (Wiesbaden 2012) hervorgehobenen werden, die durch eine problembezogene Struktur bereits Vergleichsartikel enthalten.

Die Motivation für den vorliegenden Band begründet sich andererseits in einer in den letzten Jahren erweiterten Thematik regionaler Aspekte von Politik und Parteien in Deutschland. Zu zahlreichen Bundesländer liegen mittlerweile landesspezifische Analysen vor. Diese gehen in thematischer Breite und sozialwissenschaftlicher Tiefe meist über einfache Landeskunden hinaus. Letztere bleiben jedoch in einzelnen Fällen Basisliteratur zur Erschließung der regionalen Landespolitik, wie zum Beispiel *Schleswig Holstein – Eine politische Landeskunde,* herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (Kiel 1992). Bereits tiefer greifen Everhard Holtmann und Bernhard Boll in *Sachsen-Anhalt – Eine politische Landeskunde* (Opladen 1997), Karl Schmitt als Herausgeber von *Thüringen – Eine politische Landeskunde* (Baden-Baden 2011) oder auch Ulrich Brümmer mit *Parteiensystem und Wahlen in Sachsen* (Wiesbaden 2006). Ähnliches leistet Lothar Probst als Herausgeber für Bremen durch *Politische Institutionen, Wahlen und Parteien im Bundesland Bremen* (Berlin 2011). Eine lange Tradition der landesspezifischen Analysen weist Rheinland-Pfalz auf. Parallel zu den Landesjubiläen sind seit den 1980er Jahren drei Sammelbände erschienen. As-

pekte der regionalen politischen Kultur werden ebenso berücksichtigt wie der Parteienwettbewerb, Institutionen und Regierungsstile. Peter Haungs begann die Reihe mit der Herausgabe von *40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde* (Mainz 1986). Es folgten Ullrich Sarcinelli, Jürgen W. Falter, Gerd Mielke und Bodo Benzner als Herausgeber von *Politische Kultur in Rheinland-Pfalz* (München 2000) und zum jüngsten Landesjubiläum Dieselben als Herausgeber von *Politik in Rheinland-Pfalz* (Wiesbaden 2010), einem Sammelband unter der Partizipation von über 30 Autoren (darunter über zehn Professoren unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Fachdisziplinen). Für das größte deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen haben Ulrich von Alemann und Patrick Brandenburg als Herausgeber von *Nordrhein-Westfalen – Ein Bundesland entdeckt sich neu* (Kohlhammer 2000) und Karl-Rudolf Korte, Martin Florack und Timo Grunden mit *Regieren in Nordrhein-Westfalen – Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006* (Wiesbaden 2006) einen Beitrag geleistet. Im Erscheinen befinden sich Landespublikationen zu *Politik in Sachsen,* herausgegeben von Eckhard Jesse, Thomas Schubert und Tom Thieme (Wiesbaden 2013) und Bayern von Manuela Glaab und Michael Weigel *Regieren in Bayern – Strukturen, Politikstile und Entscheidungen* (Wiesbaden 2013). Diese exemplarische Aufzählung zeigt die Bandbreite der landesspezifischen, sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland. Trotz unterschiedlicher Ansätze und Schwerpunktsetzungen ermöglichen alle Werke ein besseres Verständnis der Landespolitik im Spiegel von Parteien, Wahlen und Regierungsprozessen. Der vorliegende Band möchte diese Entwicklung um einen Beitrag zu Mecklenburg-Vorpommern erweitern.

Zum Aufbau des Bandes und zu den Beiträgen

Die Herausgeber folgen mit ihrer, sich voranging aus Studenten rekrutierenden Arbeitsgruppe, dem Humboldtschen Bildungsideal, also einer üblichen Auslegung der „Einheit von Forschung und Lehre". Mit der Einbindung der Studierenden in den Prozess der Forschung aber auch des Publizierens versuchen wir ihnen praktische Erfahrungswerte an die Hand zu geben, die sie auch außerhalb einer akademischen Tätigkeit nach ihrem Studium anwenden können.

Der Band teilt sich nach dieser Einleitung in zwei große Hauptteile. Im ersten (I.) werden die politischen Parteien dargestellt. Die Reihenfolge der Parteienartikel richtet sich nach der parlamentarischen Tradition und den Wahlerfolgen im Bundesland. Die Struktur der Aufsätze ist dabei weitestgehend identisch. An die Geschichte der jeweiligen Partei und einen kurzen Forschungsstand schließen sich ein Abschnitt zu ihrer Organisation, ihrem Programm, ihrer Wählerschaft sowie zur Tätigkeit in Parlament und Regierung an. Abgerundet wird jeder Beitrag von einem Ausblick. Der inhaltliche Arbeitsstand der Artikel ist der 31. Dezember 2012.

Den Anfang machen Timm Flügge und Benjamin Hein mit einem Portrait der SPD. Die Autoren stellen sich die Frage, ob die SPD im Land als Erfolgsmodell gelten kann oder ob der gegenwärtige Erfolg perspektivisch auf Sand gebaut ist.

Philipp Huchel und Stefan Rausch nähern sich der CDU in gleicher Weise mit einer Grundskepsis, gerade vor der Sonderstellung, die die Partei in Mecklenburg-Vorpommern einnimmt. In diesem Sinne führt das Fehlen eines bürgerlichen Koalitionspartners zu einem strategischen Nachteil und macht die Union zu einem Juniorpartner Widerwillen.

Christopher Scheele beleuchtet die schillernde Geschichte der PDS/Die LINKE, die im Land, anders als auf Bundesebene, immer wieder als Koalitionspartner gehandelt wurde und wird.

Michael Koch und Franziska Struck zeigen in ihrem Artikel die, bis zum Jahr 2011, nichtparlamentarische Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen. Dementsprechend erreichen die Ausführungen nicht die Breite der drei großen Parteien.

Gleiches gilt für den von Othmara Glas und Anika Hirte verfassten Artikel zur FDP. Das „mal ist sie drin, mal ist sie es nicht" bestimmt die Ausführungen.

Gudrun Heinrich und Steffen Schoon liefern einen kenntnisreichen Beitrag zur NPD. Deren Rolle im Parteiensystem sowie die Reaktion der etablierten Parteien – der sogenannte Schweriner Weg – befeuert immer wieder einen emotionalen Diskurs. Das zweite Verbotsverfahren gegen die Partei bildet nur eine der zahlreichen Hintergrundfolien für die Ausführungen der Autoren. Das dargestellte Profil des Landesverbandes weicht von der Gliederung der Parteienartikel leicht ab. Der Erfolg der NPD im Nordosten scheint das Ergebnis einer den Landesverband prägenden engsten Verzahnung von Partei und Bewegungsszene zu sein. Daher stehen strategische Fragen, sowie die ideologische Verortung der Partei im Mittelpunkt der Ausführungen.

Nach den Einzelportraits schließt sich ein Sammelaufsatz zu den Kleinstparteien an. Diese gehören ihrer Natur nach zu den wenig beachteten politischen Gebilden. Christian Nestler zeigt in seinem Aufsatz die typischen Hürden und Probleme mit denen die „Sonstigen" zu kämpfen haben.

Der zweite Hauptteil beschäftigt sich mit einer Auswahl (II.) an Akteuren und Themen der Landespolitik. Hier fällt auf den ersten Blick ins Auge, dass jeder der Artikel einen Bezug zur Transformation Mecklenburg-Vorpommerns im Speziellen und der fünf neuen Länder im Allgemeinen herstellt.

Die Lehrstuhlinhaber für Politische Theorie und Ideengeschichte bzw. Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock, Yves Bizeul und Nikolaus Werz legen einen breiten Beitrag zu Kirchen und Religiosität im Land vor. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der seit 2012 vollzogenen Vereinigung zur Nordkirche.

Philipp Huchel erschließt ausgehend von seiner Bachelor-Arbeit die politische Kultur im Land und darüber hinaus.

Stefanie Kracht arbeitet zu Kultur und Kulturpolitik. Ein Thema was nicht zuletzt durch eine problematische Finanzierung von Museen, Theatern und Orchestern immer wieder im medialen Interesse steht.

Die Juniorprofessorin im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung Kathrin Johansen nähert sich dem Wandel der Wirtschaft im Land an.

Christopher Scheele beschreibt unterhalb der großen Landespolitik die kommunale Ebene. Ein Hauptthema ist die Kreisgebietsreform von 2011.

Martin Koschkar schaut über den Tellerrand des Landes in den Ostseeraum. Die Grundfrage ist die Art und Tiefe der Aktivität die Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Anrainern pflegt und durch die föderale Struktur der Bundesrepublik pflegen kann.

Abgeschlossen wird der Band durch einen Fachanhang (Mitgliederüberblick im Vergleich, Wahlergebnisse auf Landesebene und die Arbeitslosenquote) und ein Autorenverzeichnis.

Danksagung

Ein Projekt dieser Größenordnung wäre ohne – materielle aber vor allem zeitliche – Unterstützung nicht zu realisieren gewesen. An erster Stelle soll daher allen beteiligten Autoren gedankt sein. Die langwierigen, zum Teil am Wochenende stattfindenden, Vorbereitungs- und Redaktionssitzungen sind hier wohl vermerkt. Unter den Autoren sind wir Dr. Gudrun Heinrich und Dr. Steffen Schoon zu besonderem Dank verpflichtet, da sie ein wichtiges Thema mit der nötigen Sorgfalt bearbeitet haben. Darüber hinaus geht unser Dank an alle Mitglieder der Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern namentlich: Lars Bauer, Julia Fischer, Timm Flügge. Othmara Glas. Eva-Maria Guhl, Benjamin Hein, Dr. Gudrun Heinrich, Philipp Huchel, Dr. Conchita Hübner-Oberndörfer, Mandy Hupe, Michael Koch, Stefanie Kracht, Jan Müller, Tobias Müller, Stefan Rausch, Robert Rusch, Dr. Steffen Schoon, Sarah Schütt, Anne Schwartz, Doreen Tille, Franziska Struck, Martin Warning und Prof. Dr. Nikolaus Werz.

In der finalen Phase des Lektorats und des Buchsatzes geht unser Dank an Timm Flügge und Benjamin Hein die sich dem Kampf für eine strenge mathematische Logik, einer ordnungsgemäßen Rechtschreibung und dem richtig gesetzten Semikolon verschrieben hatten. Ebenfalls an dieser Stelle ist unserem ehemaligen Kollegen Dr. Manuel Paulus zu danken, der mit einem kritischen „Außenblick", sogar aus Santiago de Chile, bis zuletzt das Rohmanuskript verbessert hat.

Eine Publikation ist ohne ISBN und damit ohne Verlag nicht in angemessener Weise möglich. Verena Metzger und Monika Mülhausen vom Springer VS Verlag haben uns die Möglichkeit und das entsprechende „Knowhow" geboten, um eine erfolgreiche Veröffentlichung zu ermöglichen.

Unser abschließender Dank gilt Prof. Dr. Nikolaus Werz für die freundliche Weitergabe von zahlreichen Erfahrungen im Bezug auf das „besondere" Los des Herausge-

berdaseins. Dieses Buch ist nicht zuletzt als Festschrift zu seinem 60. Geburtstag entstanden. Sie bildet mit der Weiterführung der Parteien- und Politikbeobachtung einen wichtigen Teilbereich seines Forschungsfeldes und das seines Lehrstuhls ab.

Rostock, im Juni 2013
Martin Koschkar, Christian Nestler und Christopher Scheele

I. Die politischen Parteien im Porträt

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern

Timm Flügge/Benjamin Hein[1]

1 Die SPD – von der verbotenen zur regierenden Partei

Die über 140-jährige Geschichte der Sozialdemokratie im Land ist geprägt von mehreren Perioden des Auf- und Abstiegs. Nach einem schwierigen Start im Kaiserreich und einer zeitweiligen Blüte in der Weimarer Republik verschwand die Partei fast 60 Jahre weitgehend von der Bildfläche. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 konnte sich erneut eine sozialdemokratische Partei im Land gründen.[2]

Die SPD war infolge des Sozialistengesetzes von 1878 und darüber hinaus durch eine rigide Vereinsgesetzgebung über weite Strecken im Kaiserreich in Mecklenburg verboten. Sie war nur zu Wahlen zugelassen, konnte aber erstaunlicherweise trotz der Restriktionen gute Ergebnisse in den beiden mecklenburgischen Staaten erzielen.[3] Mit der Novemberrevolution und dem Ausrufen der Republik 1918 wurde das Wahlrecht auf Verhältniswahl umgestellt. Im Zuge dessen konnte die SPD in beiden mecklenburgischen Landesteilen eindeutig stärkste Kraft werden und mehrfach den Ministerpräsidenten stellen. Erst ab 1924 zeichneten sich deutliche Verluste ab; dennoch konnte sie

1 Die Autoren danken Kerstin Dommack, die als Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern wertvolle Recherchearbeit geleistet hat.

2 Vgl. Steffen Schoon, Mecklenburg-Vorpommern – Pragmatismus und Kontinuität bei struktureller Schwäche, in: Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern: Geschichte und Gegenwart, S. 242–254, hier: S. 246–247; detaillierte Informationen zur Geschichte der SPD im Land vgl. Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner, Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Bonn 2002; vgl. Klaus Schwabe, Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Pommern, Schwerin 1999; vgl. Klaus Schwabe, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1994.

3 Vgl. Steffen Schoon, Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern: Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Rostock 2005, S. 37.

M. Koschkar et al. (Hrsg.), *Politik in Mecklenburg-Vorpommern,*
DOI 10.1007/978-3-658-02652-3_2, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

bis 1932 ihre Position als stärkste Kraft verteidigen, ehe sie von der NSDAP abgelöst wurde. Am Ende der Weimarer Republik verfügte die SPD nur noch über die Hälfte ihres Stimmanteils verglichen mit dem Basisjahr 1919.[4]

Nach dem Verbot der SPD im Jahr 1933 durch die Nationalsozialisten verharrten die Sozialdemokraten bis zu ihrem neuerlichen Gründungsaufruf im Juni 1945 in der Illegalität. Trotz gezielter Behinderungen (beispielsweise Aufnahmestopp) seitens der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) konnte die SPD im Spätsommer 1945 die KPD bezüglich der Mitgliederzahlen überflügeln. Im März/April verfügte sie über circa 81 000 Mitglieder im Land, was gerade im Vergleich zu heutigen Werten astronomisch erscheint. Aufgrund dieser Tatsache war eine bereits zuvor in Erwägung gezogene Vereinigung der beiden Arbeiterparteien für die SPD nicht mehr alternativlos und wurde deshalb weniger stark forciert. Da ein Aufholprozess für die KPD nicht in Aussicht stand, betrieb sie in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht die Zwangsvereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ohne eine Urabstimmung der Sozialdemokraten zuzulassen. Am 7. April 1946 hörte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – zwei Wochen vor der restlichen SBZ – auf zu existieren.[5]

Bei der Neugründung einer sozialdemokratischen Partei im Land im Jahr 1989 waren die einstmals stark ausgeprägten sozialdemokratischen Strukturen und Milieus vollständig aufgelöst. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober erfolgte nicht durch Arbeiter sondern durch Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung (vorrangig Theologen und Intellektuelle), weshalb diese Partei zunächst mit Nachdruck ihre Unabhängigkeit von der westdeutschen SPD betonte. Ein Wechsel der Position folgte nach einem Besuch des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt am 6. Dezember 1989 in Rostock, der den Genossen im Nordosten einen Namenswechsel von SDP zu SPD empfahl, um diesen für andere Parteien zu sperren. Dieser Empfehlung kam die SDP zeitnah nach und am 9. März 1990 fand der Gründungsparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow statt. Mit Blick auf die Wahlen des Jahres 1990 (Volkskammer-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen) war die Partei jedoch denkbar schlecht aufgestellt. Sie verfügte im Vergleich zu den auch in der DDR bereits existierenden Parteien (vor allem PDS und CDU) über wesentlich weniger Mitglieder und kaum organisatorisches Reservoir.[6] So erinnerte sich der erste SPD-Landesvorsitzende Harald Ringstorff an den „Wettbewerbsvorteil" der anderen Parteien und bezeichnete den Landtagswahlkampf 1990 als „unfair".[7] Er begründete: „Wir hatten kaum Organisationsstrukturen, wenig Geld, keine Telefone, während die Konkurrenz

4 Vgl. ebd., S. 77–81.
5 Vgl. ebd., S. 121–124.
6 Vgl. ebd., S. 159–162.
7 Vgl. Rede von Ringstorff auf „20 Jahre SPD-Fraktion im Landtag M-V" am 19. 11. 2010 in Schwerin.

dank alter Strukturen über alles verfügte. Bisweilen standen wir uns jedoch auch selbst im Weg“[8], womit Ringstorff auf das zeitweilige Aufnahmeverbot ehemaliger Mitglieder anderer Parteien anspielt. Die ersten Wahlergebnisse waren ernüchternd und erst 1994 stieg die SPD von einer einstmals verbotenen zur regierenden Partei auf.

Mit der Entwicklung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 haben sich nur wenige Wissenschaftler intensiv beschäftigt. Die einzige zusammenhängende Darstellung stammt von Nikolaus Werz[9] aus dem Jahr 2000 und ist damit bereits zwölf Jahre alt und nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Informationen zu den Landtagswahlen 2006 und 2011 finden sich in den Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.[10] Überdies dienen als zusätzliche – obschon nicht SPD-spezifische – Informationsgrundlagen Aufsätze in der Zeitschrift für Parlamentsfragen, die zu den jeweiligen Landtagswahlen veröffentlicht wurden. Eine gute Überblicksdarstellung zu allen Parteien findet sich darüber hinaus in der Dissertation Steffen Schoons über politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, die allerdings auch nur bis in das Jahr 2002 reicht. Eine Aktualisierung des Forschungsstandes wird mit diesem Aufsatz angestrebt.

2 Die SPD als Organisation

Der Aufbau der Landes-SPD kennt drei wesentliche Institutionen: Landesparteitag, Landesparteirat und Landesvorstand. Der Landesparteitag ist das oberste Beschlussgremium der Landespartei und setzt sich aus 80 Delegierten zusammen, die nach dem Mitgliederproporz von den Kreisverbänden entsandt werden. Zusätzlich sind die 16 Mitglieder des Landesvorstandes stimmberechtigt. Dieser hat wiederum die politische Leitung des Landesverbands inne. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Landesvorsitzenden (seit 2007: Erwin Sellering), den in der Regel drei, gegenwärtig jedoch nur zwei, Stellvertretern und dem Schatzmeister. Hinzu kommen elf Beisitzer, womit der aktuelle (September 2012) Landesvorstand nur über 15 Mitglieder verfügt. Die bisherigen Landesvorsitzenden vor Sellering waren Harald Ringstorff (1990–2003) und Till Backhaus (2003–2007). Der Landesparteirat wird durch die Vorsitzenden der SPD-Kreisverbände gebildet und verfügt über eine beratende Funktion und ein sus-

8 Ebd.

9 Nikolaus Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke, Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 66–113.

10 Andreas Timm, Auf den Ministerpräsidenten kam es an – Die SPD, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006: Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 21–29; Timm Flügge/Benjamin Hein, „Gut wie das Land“ – Die SPD, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 34–42.

pensives Veto gegenüber Entscheidungen des Landesvorstandes. Der Landesverband gliedert sich in acht Kreisverbände und weitere Ortsverbände, wobei diese sich an den Grenzen der neuen Landkreise, Ämter und Gemeinden orientieren.[11]

Historisch wichtige Parteiflügel innerhalb der Landespartei waren der „Güstrower Gesprächskreis" und der „Warener Kreis" um Rudolf Borchert. Letzterer befürwortete bereits frühzeitig (1994) eine Koalition mit der PDS und lehnte die Große Koalition unter Berndt Seite (CDU) rundweg ab, wohingegen Ersterer einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten skeptisch gegenüber stand. Er wurde 1996 gegründet und maßgeblich vom damaligen Justizminister Rolf Eggert und dem ehemaligen ersten Hamburger Bürgermeister Peter Schulz geprägt. Dessen Vater Albert war als Rostocker Oberbürgermeister 1949 abgesetzt worden. Nach den Wahlen 1998 verlor der „Güstrower Kreis" zunehmend an Bedeutung und einige Mitglieder der Gruppierung verließen die SPD und gründeten die Sozialliberale Partei (SLP). Im ersten Halbjahr 1999 sammelten sich erneut PDS-kritische Stimmen im Gesprächskreis „Neue Mitte", welcher allerdings deutlich gemäßigter war.[12] Momentan sind das Forum DL 21 als linker Flügel und die Regionalgruppe Vorpommern Beispiele für innerparteiliche Gruppierungen.[13]

Gegenwärtige Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise der Landes-SPD sind neben der Jugendorganisation Jusos die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die AG 60plus, die Arbeitsgemeinschaft für Bildung, die gesundheitspolitische Arbeitsgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen und der Arbeitskreis Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos). Die Mitwirkung innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaften steht grundsätzlich auch Nicht-Parteimitgliedern offen.[14]

Tabelle 1 veranschaulicht deutlich die Stagnation der Mitgliederzahlen im SPD-Landesverband. Der mit Abstand und seit 1990 mitgliederschwächste sozialdemokratische Landesverband der Republik schwankt zwischen 2 802 (2010) und 3 508 (1999) Mitgliedern. Der Landesverband Hamburg verfügt bei ähnlicher Bevölkerungsgröße im gleichen Zeitraum über 10 000 bis 22 000 Mitglieder.[15] Auch innerhalb des Landes liegt die

11 Vgl. SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Der Aufbau der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://spd-mv.de/strukturen/ (Stand: 11. 09. 2012).

12 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 90–97.

13 Vgl. SPD Vorpommern-Rügen, Regionalgruppe Vorpommern, abrufbar unter: http://www.spd-vorpommern-ruegen.de/index.php?mod=content&menu=7&page_id=18 (Stand: 11. 09. 2012) und DL 21, SPD-Parteilinke in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://forum-dl21.de/inhalt.php?page=8 (Stand: 11. 09. 2012).

14 Vgl. SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, abrufbar unter: http://spd-mv.de/strukturen/arbeitsgemeinschaften/ (Stand: 11. 09. 2012).

15 Vgl. dazu auch die Mitgliederentwicklung im strukturell ähnlichen Sachsen-Anhalt, in dem die SPD gegenwärtig mehr Mitglieder hat, aber in Relation zu Mecklenburg-Vorpommern deutlichere Verluste zu verzeichnen hatte (Daten für alle Landesverbände siehe Anmerkung 16).

Tabelle 1 Mitgliederzahlen (M) der SPD in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

SPD	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
M	3138	3287	3335	3187	3452	3341	3304	3388	3420	3508	3462
	2001	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
M	3363	3343	3224	3050	2979	2872	2793	2794	2830	2802	2850

Quelle: Niedermayer (Anmerkung 16), eigene Darstellung.

SPD deutlich hinter CDU und LINKE auf Rang drei.[16] Durchschnittlich 3 000 Mitglieder wirken im Vergleich zu den 42 000 Mitgliedern des Landesanglerverbandes geradezu marginal. Schwerpunkte der wenigen SPD-Mitglieder sind die urbanen Zentren Mecklenburgs, allen voran Schwerin und Rostock. Des Weiteren zeichnet sich im Land hinsichtlich der Verteilung der SPD-Mitglieder ein West-Ost-Gefälle ab. Tendenziell finden sich in den mecklenburgischen Landkreisen und Städten mehr Mitglieder als in den Regionen Vorpommerns, wenngleich auch hier die städtischen Zentren aufgrund ihrer relativen Stärke ins Auge fallen.[17]

Mit Blick auf die inhaltlich-strukturelle Interdependenz von Bundes- und Landesverband lassen sich zwei große Themenblöcke konstatieren. Erstens ist die Diskussion um eine Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei PDS zu nennen. Während Teile des Landesverbandes bereits 1994 eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten anstrebten, verhinderte die Intervention der Bundesspitze dies zumindest bis 1998.[18] Andererseits übte die Landes-SPD mit dieser Koalition auch Einfluss auf die Diskussionen im Bund aus. Schon kurz nach dem Tabubruch wurden auch in weiteren ostdeutschen Bundesländern Rot-Rote Bündnisse geschmiedet, obgleich eine Koalition auf Bundesebene noch in weiter Ferne zu sein scheint. Zweitens war die personelle Durchdringung von Bund und Land unter Ringstorff praktisch nicht wahrnehmbar.[19] Dies änderte sich erst mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Sellering, welcher bereits ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt durch die von ihm losgetretene „Unrechtsstaatsdebatte" überregionale Bekanntheit erlangte. Überdies äußerte er sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger regelmäßig auch zu bundespolitischen Themen. Zeitgleich mit seiner Amtsübernahme installierte er die junge und ebenfalls bundespolitisch aktive Sozialministerin Manuela Schwesig. Diese war bereits zur Bundestagswahl 2009 im Schattenkabi-

16 Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, abrufbar unter: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/Oskar_Niedermayer_-_Par-teimitglieder_in_Deutschland__Version_2011.pdf (Stand: 11. 09. 2012).

17 Vgl. Werz, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werz/Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, 1999, S. 102.

18 Vgl. dazu auch die Ausführungen in Kapitel 4.

19 Vgl. o. A., Angela Merkel rechnet mit Rot-Rot ab, in: Lübecker Nachrichten, 29. 11. 1999.

nett Frank-Walter Steinmeiers vertreten. In der Folge profilierte sie sich erfolgreich als Gegenspielerin zur CDU-Bundesministerin Ursula von der Leyen (Bsp. Hartz IV Regelsätze/Kita-Ausbau). Aktuell ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der Sozialdemokraten.[20]

3 Die SPD und ihr Programm

Im Mittelpunkt des SPD-Landtagswahlprogramms von 1990 stand der Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft.[21] Dafür strebte man die Förderung des Mittelstandes, einen Ausbau der Infrastruktur und eine enge Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft an. Ferner warben die Sozialdemokraten mit Sofortmaßnahmen – wie beispielsweise Wirtschaftsförderungseinrichtungen oder Personalaustausch mit den alten Bundesländern – um einen Weg aus der transformationsbedingten Wirtschaftskrise zu ebnen. Das zweite herausgehobene angestrebte Projekt war eine Verwaltungsmodernisierung, mit der vor allem alte SED-Strukturen beseitigt werden sollten. Weitere Themen des ersten Wahlprogramms waren Umweltschutz, Tourismusförderung und eine Gleichberechtigung von Frauen, primär auf dem Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Bundestagswahlprogramm der Partei erhielt das Sujet Soziale Sicherung in Mecklenburg-Vorpommern deutlich weniger Gewicht.

Auch 1994 fokussierte die SPD die Mittelstandsförderung mit der Forderung nach einer so genannten Aufbaubank. Darüber hinaus sollten die Schaffung von Arbeitsplätzen staatlich gefördert und bei der Auftragsvergabe einheimische Unternehmen bevorzugt berücksichtigt werden. Bezüglich der Verbesserung der inneren Sicherheit setzten die Genossen auf eine Erhöhung der Attraktivität des Polizeidiensts und eine stärkere Präsenz der Gesetzeshüter in der Öffentlichkeit. Dritter Schwerpunkt der Konzeption waren spezifische Aspekte der neuen Länder. Zum einen sprachen sich die Sozialdemokraten gegen eine Aufhebung der 1945 durch die sowjetische Besatzungsmacht beschlossene Bodenreform aus. Zum anderen gingen sie mit der Forderung nach Renten-

20 Vgl. Flügge/Hein, „Gut wie das Land" – Die SPD, in: Koschkar/Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2011, S. 36.

21 Zu den folgenden Informationen vgl. die Wahl- bzw. Regierungsprogramme der SPD in den entsprechenden Jahren: (1990) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Wahlprogramm, Schwerin 1990; (1994) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Besser regieren, Regierungsprogramm 1994 der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1994; (1998) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Besonders im Osten. SPD-Regierungsprogramm 1998–2002, Schwerin 1998; (2002) vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, in: ZParl, Nr. 1 (2003), S. 60–79, hier: 65–67; (2006) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Zukunft aus eigener Kraft, Regierungsprogramm 2006–2011, Schwerin 2006; (2011) SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Regierungsprogramm 2011–2016, Schwerin 2011.

gerechtigkeit in Relation zu den alten Bundesländern in den Wahlkampf. Zu guter Letzt versprachen die Sozialdemokraten im Falle eines Wahlsieges eine konsolidierende Finanzpolitik. Im Vergleich zur parallel stattfindenden Bundestagswahl nahm die Ausgestaltung des Sozialstaates erneut eine untergeordnete Rolle ein.

In die Wahlkämpfe zu den 1998 zeitgleich stattfindenden Bundestags- und Landtagswahlen ging die SPD in Bund und Land mit nahezu deckungsgleichen Programmen. Dies zeigt sich exemplarisch an den Titeln der Wahlprogramme („Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit") und den meisten Slogans, die im Land durch den Zusatz „Besonders im Osten" ergänzt wurden. Gemeinsame Akzente waren abermals die spezifisch ostdeutschen Interessen und die innere Sicherheit. Erstmals wurde das Thema soziale Gerechtigkeit auch in Mecklenburg-Vorpommern mit ähnlicher Intensität wie im Bund behandelt. Hinsichtlich des Themenkomplexes Arbeitsplätze/Wirtschaft lagen die Fokusse analog auf die Bereiche Verkehr und Mittelstandsförderung. Im Land wurde außerdem der Ausbau des Tourismus als Quelle neuer Arbeitsplätze gesehen. Konträr zum Bund setzte die SPD im Land einen zusätzlichen Schwerpunkt auf die Förderung ländlicher Räume.

Bei den 2002 wieder simultan abgehaltenen Wahlen auf Bundes- und Landesebene waren die Wahlprogramme der Regierungspartei auf beiden Ebenen im Gegensatz zu 1998 voneinander entkoppelt und unterschieden sich dementsprechend stärker als vier Jahre zuvor. In Mecklenburg-Vorpommern konzentrierten sich die Sozialdemokraten vermehrt, wie schon im Vorfeld der letzten Urnengänge, auf die Themenbereiche soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhang von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Des Weiteren kam es zu einer verhältnismäßig starken Beschäftigung mit Umweltpolitik, die jetzt keinen untergeordneten Platz mehr im Wahlprogramm einnahm. Die Bundesebene hingegen versuchte mit einem weit aufgefächerten Themenangebot von den durch die Regierung Schröder nicht erreichten selbst gesteckten Zielen bei den Arbeitsmarktzahlen abzulenken. Deshalb verwundert es nicht, dass dieser Bereich nicht im Mittelpunkt des Wahlprogramms stand. Stattdessen standen die Themen soziale Gerechtigkeit, innere Sicherheit und die Angleichung der Lebensverhältnisse im Westen und Osten der Republik im Vordergrund.

Da die Landtagswahl 2006 erstmalig vollständig zeitlich abgekoppelt von der Wahl zum deutschen Bundestag durchgeführt wurde, lassen sich die jeweiligen Programme (Bund 2005) nur bedingt miteinander vergleichen. Während auf Bundesebene die Bekämpfung der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit, die soziale Gerechtigkeit und die Familienförderung das wiederholt weit gefächerte Wahlprogramm dominierten, konzentrierte sich die SPD im Land 2006 auf nur vier Kernthemen: Wirtschaft/Arbeitsplätze, Chancengleichheit im Bildungssystem, Förderung von Kindern und Familien und eine breit angelegte Verwaltungsmodernisierung. Letztere war in der abgelaufenen Legislaturperiode bereits einmal gescheitert und nahm nun im Wahlprogramm einen wichtigen Platz ein. Neuartig war in vergleichender Perspektive, dass die Sozialdemokraten sowohl im Bund als auch im Land auf die Gefahren des Rechtsextremismus hinwiesen,